einleite, dazu bin ich nicht hier. Ich will Ihnen danken, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, in diesem Kreise zu erscheinen und zu sehen, daß die deutsche Landwirtschaft auch unseren landwirtschaftlichen Kolonialfragen endlich anfängt, Interesse entgegenzubringen und aufzuhören beginnt mit dem Gedanken, daß unsere deutschen Kolonien etwas anderes sind, als unsere deutsche Heimat. Wo ein jüngerer Sohn ist, wo es einem zu enge ist in der Heimat, da sollte er ein neues Heim sich schaffen, wo er ein Deutscher und ein deutscher Landwirt bleiben kann. Was wir in den letzten Monaten von der leitenden Stelle gesehen haben, gibt uns die Gewähr, daß jetzt ein neuer vernünftiger Weg eingeschlagen wird, der unser Neuland draußen praktisch an unsere Heimat angliedern soll. (Beifall.) Dazu rechne ich in erster Linie die Landwirtschaft draußen und die Viehzucht. Ein Staatsgebiet kann nur dann blühen, wenn seine Wurzeln in der Landwirtschaft bestehen. (Lebhafter Beifall.) Dann treiben auch Blüten hervor, wie Handel und Bergwerksbetrieb. Aber ohne die Landwirtschaft würde das ganze Werk einer Blume mit abgehauener Krone gleichen, die schnell verwelkt. (Beifall.) Wir müssen uns auf einen festen Bauernstand stützen können. Ich wünsche, daß die Vertreter der deutschen Landwirtschaft sich warmen Herzens den Bedürfnissen nicht verschließen werden und daß sie dabei von dem Grundsatze ausgehen werden: Unser Neuland da draußen ist ein Teil des Deutschen Reiches! Mögen Sie sich dieser Teile unseres Reiches annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Gouverneur Graf Götzen: Wir draußen haben sehr oft schon unter dem Gefühl gestanden, daß weitere Kreise der deutschen Landwirtschaft deshalb kein Interesse an den Kolonien hatten, weil sie deren landwirtschaftliche Produktion als Konkurrenz für die heimische Landwirtschaft fürchteten. Allein schon der erste Referent hat darauf hingewiesen, daß solche Befürchtungen ganz unbegründet sind. Ich möchte auch meinerseits hervorheben, daß wir draußen in den Kolonien stets auf dem Standpunkt gestanden haben, daß der afrikanische Boden ebenso wie der deutsche Heimatland ist. (Beifall.) Die vorgelegte Resolution ist ja sehr allgemein gehalten, das ist aber auch ganz berechtigt, weil Sie sich das erste Mal mit dieser Frage beschäftigen. Ich hoffe aber, daß dies von nun an öfter geschehen wird, und daß Sie dann auch auf die Spezialfragen eingehen und schließe mich daher der Bitte des Herzogs Johann Albrecht an, daß der deutsche Landwirtschaftsrat nach dieser Richtung hin seinen Einfluß zugunsten der deutschen Kolonien geltend machen möge. (Beifall.)

Gouverneur v. Lindequist: In Deutsch-Südwestafrika ist es häufig mit Schmerz empfunden worden, daß die deutsche Landwirtschaft kein großes Interesse für die Kolonien zu besitzen schien. Keine Kolonie ist aber unseren heimischen Verhältnissen so ähnlich, obwohl wieder auch große Verschiedenheiten bestehen. Für die Auswanderung wird es zunächst in Frage kommen, ob hier auch Weiße leben können. Die deutsche Landwirtschaft von Südwestafrika braucht keine Konkurrenz zu befürchten, denn es wird nie mehr Weizen und Vieh, oder wenigstens nur geringe Mengen mehr, produzieren, als es selbst braucht. Der Redner geht weiter auf die bekannten Verhältnisse der Kolonie ein und empfiehlt sie der Fürsorge der Landwirtschaft.

Der Vorsitzende Graf Schwerin-Löwitz teilte dann mit, daß der Kaiser auf die Einladung des Landwirtschaftsrats durch das Hofmarschallamt habe mitteilen lassen, daß er leider verhindert sei, an der diesjährigen Tagung des Landwirtschaftsrats teilzunehmen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte sprachen noch Rittergutsbesitzer von Arnim und der bekannte Farmer Schlettwein, welch letzterer namentlich die Fortschritte des landwirtschaftlichen Berufsorganisationswesens in den Kolonien hervorhob.

Es trat dan die Mittagspause ein.

*

Telegraphisch wird noch gemeldet:

* **Berlin, 13. März.** Im Laufe der Ausführungen regt Gouverneur v. Lindequist an, daß die Mitglieder des Landwirtschaftsrates selbst nach den afrikanischen Kolonien gehen und die Verhältnisse studieren möchten. Der Präsident Graf Schwerin erwidert, der Landwirtschaftsrat werde der Anregung gewiß Folge geben, freilich unter der Voraussetzung, daß seinen Mitgliedern dieselben Vergünstigungen hinsichtlich der Reisegelegenheit und der Kosten gewährt würden, wie der Studienkommission des Reichstages. Schließlich wurde eine von der Kolonialgesellschaft vorgelegte Resolution angenommen. In einem gleichfalls angenommenen Zusatzantrage wird die Vorbereitung zur Aufforstung kahler Flächen in den afrikanischen Kolonien, sowie die Berücksichtigung der tropischen Agrikultur auf den landwirtschaftlichen Hochschulen als wünschenswert bezeichnet. Außerdem fand noch ein Antrag des Majors Endell Annahme, den Reichskanzler zu ersuchen, die Kommission zur Begutachtung der Rechtsverhältnisse der Landgesellschaften baldigst wieder in Tätigkeit treten zu lassen. Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. März.

* **König Friedrich August in Portugal.** Nach der Beendigung des Besuchs von Mafra kehrte König Friedrich August von Sachsen in Begleitung des Königs Carlos nach Lissabon zurück. Darauf fand bei der Königin Maria Pia Tafel statt, zu der der König von Sachsen und die gesamte königliche Familie geladen waren. Gestern unternahm der König einen Ausflug nach dem Südufer des Tajo und nahm an Bord der königlichen Jacht „Amelia", die in Salo vor Anker lag, das Frühstück ein. Der König wird noch die durch ihre Kunstdenkmäler bemerkenswerten Orte des Nordens und die Stadt Oporto besuchen und am Montag nach Madrid abreisen.

* **Budgetkommission des Reichstags.** Wie schon in einem Teil unserer Auflage gestern gemeldet, brachte der Abg. Frhr. v. Thünefeld als Berichterstatter das Unglück in der französischen Marine zur Sprache und drückte die Sympathie seiner Freunde sowohl als auch die der ganzen Bevölkerung für die Opfer des Unglücks aus. Weiter fragte er den Staatssekretär der Marine, ob die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen seien, damit uns nicht ein ähnliches Unglück treffe. Der Staatssekretär gab beruhigende Erklärungen ab und versicherte, daß alles nur Mögliche getan sei, um uns vor ähnlichen Unglücksfällen zu bewahren. Bei den fortlaufenden Ausgaben des Reichsamtes des Innern wurden die Besoldungen für das Reichspatentamt, 956 000 ℳ, bewilligt; beim Marineetat 400 000 ℳ zur Einrichtung des Hafenschiffes „König Wilhelm", 450 000 ℳ zur Aenderung des großen Kreuzers „Hansa", 400 000 ℳ zu Schießversuchen, 20 000 ℳ für Schießstände in Cuxhaven und 50 000 ℳ für Uferschutz auf Helgoland. Sodann bewilligte die Kommission die Raten für den Bau, bezw. die Armierung der Schiffe „Ersatz Württemberg, Ersatz Baden, Ersatz Greif, Ersatz Jagd, großer Kreuzer F" und einer Torpedobootsflottille. Zu Befestigungen an der Elbe wurden 100 000 ℳ genehmigt, ferner 650 000 ℳ zum Ausbau der Artillerie-Schule in Sonderburg, 180 000 ℳ für ein Exerzierhaus in Mürwick, 70 000 ℳ zur Erweiterung des Marinelazaretts in Cuxhaven, 400 000 ℳ für Dienstwohnungen in Sonderburg und 300 000 ℳ zu einem Marinelazarett in Sonderburg. Die vom Staatssekretär des Reichsmarineamtes gegebenen Darlegungen über die bei der Aufbewahrung usw. des Pulvers getroffenen Vorkehrungen zur Fernhaltung von Unglücksfällen nahm die Kommission unter Anerkennung der Fürsorge der Verwaltung zur Kenntnis. Damit ist die Beratung der Titel aus dem Marineetat, die in das Notgesetz aufgenommen sind, erledigt. Bei der fortgesetzten Beratung des Reichseisenbahnetats wurden bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen 134 000 ℳ für den Bahnhof Ertein und für eine Nebenbahn nach Merzig 215 000 ℳ, sowie zur Erweiterung des Bahnhofs Colmar 185 000 ℳ bewilligt. Die Bewilligungen beziehen sich nach den Forderungen des Notgesetzes in den meisten Fällen nur auf ein Zwölftel des gesamten jährlichen Bedarfs. Die Kommission setzte dann den Betrag, den der Reichskanzler zu einmaligen außerordentlichen Ausgaben im Wege des Kredits flüssig machen kann, von 200 auf 150 Millionen herab. Gleichzeitig erklärte sie ihr Einverständnis mit der Ausgabe von Schatzanweisungen bis zum Höchstbetrage von 350 Millionen Mark zwecks vorübergehender Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse. Bei der Debatte über die Frage der Gewährung einmaliger außerordentlicher Beihilfen an die am geringsten besoldeten Reichsunterbeamten wurden gegenüber dem Antrage des Zentrums, für Unterbeamte 100 ℳ und für Beamte mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 ℳ 150 ℳ Beihilfe im Notetatsgesetz auszuwerfen, zahlreiche Bedenken staatsrechtlicher und finanzpolitischer Natur vorgebracht.

* **Der Braunschweiger Landtag** hat sich gestern auf unbestimmte Zeit vertagt. Das wird in weiten Kreisen Ueberraschung hervorrufen, indem man vielfach annahm, er werde seine Tagung fortführen und sie mit der Vornahme der Regentenwahl schließen. Man will statt dessen den Führern der einzelnen Gruppen Zeit geben, sich zu einigen und mit dem Regentschaftsrat ins Einvernehmen zu setzen, um so eine möglichst einstimmige Regentenwahl zu erzielen. Als Kandidaten für den Regentenposten werden nach wie vor der jüngste Sohn des verstorbenen Regenten Prinz Friedrich Wilhelm, zurzeit zu praktischen Verwaltungsstudien in Königsberg, und der Schwager des Kaisers, der Erbprinz Adolf von Schaumburg-Lippe, genannt. Bekanntlich hieß es auch, Prinz Max von Baden habe Aussichten auf den Regentenposten. Dies Gerücht war von welfischer Seite verbreitet worden. Am wahrscheinlichsten ist die Wahl des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen.

* **Bayerischer Landtag.** Die Kammer der Reichsräte nahm heute einstimmig das Wassergesetz an. Dasselbe wird in der nächsten Woche in der Kammer der Abgeordneten zur Beratung kommen; der Schluß der außerordentlichen Nachsession wird noch Ende dieses Monats stattfinden.

* **Hessischer Landtag.** In der Beratung des Justizetats in der Zweiten Kammer erklärte Justizminister Ewald, er könne zur Einführung der bedingten Verurteilung seine Mithilfe nicht in Aussicht stellen, weil er nicht der Ansicht sei, daß dadurch der Justiz ein wesentlicher Dienst erwiesen werde.

th. **Ein Kompetenz-Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus?** Die Beamtenpensionsgesetze sind bekanntlich von der Staatsregierung zuerst dem Herrenhause vorgelegt worden. Das Abgeordnetenhaus sieht darin, wie eine parlamentarische Korrespondenz wissen will, eine Umgehung der Verfassung, da Artikel 62 der Verfassung bestimmt, daß Finanzgesetzentwürfe erst dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden müssen. Das Abgeordnetenhaus soll angeblich in dieser Frage die Staatsregierung interpellieren wollen. In Herrenhauskreisen soll man jedoch der Meinung sein, daß eine Verfassungsverletzung nicht begangen ist, da es sich um eine Novelle für ein bestehendes Gesetz handelt, und solche Novellen schon früher dem Herrenhause zuerst vorgelegt worden sind.

cd. **Sozialdemokratische Redakteurkonferenz.** Am letzten Sonntag fand in Berlin eine aus allen Teilen des deutschen Reiches beschickte sozialdemokratische Redakteurversammlung statt, in der beschlossen wurde, in der Reichshauptstadt ein großes gemeinsames Journalistenbureau zu gründen. An der Versammlung nahm der Parteivorstand teil, der auch eine Subvention zusicherte. Es wurde aber von seiten der Redakteure die volle Unabhängigkeit von dem Parteivorstand in allen publizistischen Fragen verlangt und auch durchgesetzt, so daß also das Berliner Bureau, im Gegensatz zu dem Zentralblatt, keinerlei Weisungen und Kontrolle seitens des Parteivorstandes entgegenzunehmen braucht.

K. **Aus der Verwaltungspraxis des Großherzogtums S.-Weimar.** Eine unerquickliche Angelegenheit, die einem früheren Landtagsabgeordneten sein Mandat kostete, da er sich ihrer nicht mit der nötigen Energie annahm, beschäftigte dieser Tage den Weimarischen Landtag. Die Sache ist vor allem insofern von weitgehender Bedeutung, als sie abermals, wie schon oft, das dringende Bedürfnis nach der Schaffung eines Verwaltungsgerichtshofs für das Großherzogtum empfinden läßt. Die früher unscheinbare, jetzt aber durch den gesteigerten Eisenbahnverkehr stark angewachsene, aber gleichwohl noch unvermögende Gemeinde Wünschendorf im fünften Verwaltungsbezirk hat in ihrer Flur 2737 (!) Meter nahezu unpassierbare Wege. Diese müssen eigentlich vertragsmäßig von der Regierung und der Gemeinde gemeinsam unterhalten werden. Der Staat möchte aber sogar noch diese Pflicht von sich abwälzen und sie der Gemeinde auferlegen. Die Gemeinde will nun, um die Sache im guten zu erledigen, die Unterhaltungs- und Herstellungspflicht übernehmen, sofern der Fiskus eine Abfindungssumme von 60 000 ℳ zahlt. Der Fiskus aber reagiert in keiner Weise, tut auch nichts, so daß die Wege so schlecht wurden, daß der Bezirksdirektor die zwangsweise Herstellung der Wege anordnete. Die Gemeinde wandte sich nun beschwerdeführend an den — Bezirksdirektor (dieser bildet die nächste Instanz) und da dieser selbstverständlich seine eigene Handlungsweise nicht verurteilen konnte, an das Staatsministerium. Damit war der Verwaltungsweg zu Ende, die Instanzen erschöpft, natürlich vollständig fruchtlos, denn Beklagte und Richter bildeten eine und dieselbe Person bezw. amtliche Stelle. Eine Klage der Gemeinde gegen den Fiskus beim Landgericht Gera wurde abgewiesen, und jetzt zerbricht sich das Oberlandesgericht Jena darüber den Kopf. Wäre ein Verwaltungsgerichtshof da, so wäre die ganze Angelegenheit sicher schon längst zur Zufriedenheit beider Teile erledigt. Bei der Erörterung derselben Angelegenheit im Landtag machte sich diese Kalamität zum zweitenmal in derselben Sitzung bemerkbar. Im Laufe der erregten Debatte zwischen dem Abgeordneten Lehmann (Reichstagsabg. f. Jena) und dem Geh. Staatsrat Dr. Hunnius, dem Chef der Finanzen, betonte letzterer in sehr kategorischer Form, der Abgeordnete wie der Landtag überhaupt habe sich in keiner Beziehung um die Verwaltungspraxis der Regierung zu kümmern, ihm stehe gegebenenfalls nur die Beschwerde über das Staatsministerium beim Landesherrn, dem Großherzog zu. Das ist richtig. Dieser Weg bezw. dieser Hinweis wäre beim Vorhandensein einer Einrichtung, wie sie ein höchster Verwaltungsgerichtshof darstellt, unmöglich resp. unnötig gewesen. Leider steht die Antwort auf die Anfrage an die Regierung seitens des Landtages, wie weit die diesbezüglichen „Erwägungen im Schoße der Regierung" gediehen seien, immer noch aus. Daß das Souveränitätsgefühl des Ministeriums nach Einrichtung einer derartigen höchsten Instanz etwas abgeschwächt werden dürfte, liegt in der Natur der Sache.

Kleine Nachrichten. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Grundsätze für das Verfahren bei der Annahme von Arbeitern und Arbeiterfürsorge-Einrichtungen bei der Herstellung und dem Ausbau von Wasserstraßen gemäß dem Gesetz vom 1. April 1905. — Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth" hat auf der Rückreise von Habana heute vormittag Prawle-Point im englischen Kanal passiert.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Böhmischer Landtag.** Eingegangen sind zwei Interpellationen Hackel und Genossen, sowie Kostan und Genossen über die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf schiffbaren Strömen seitens der preußischen Regierung. — Zunächst wird die Debatte über die Anträge über den Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn fortgesetzt. Sämtliche Redner erklären, daß das zoll- und handelspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn nicht in der bisherigen Weise fortbestehen könne, und fordern von der Regierung, daß sie sich in der wirtschaftlichen Stellung Oesterreichs gegenüber Ungarn nichts vergebe. Abgeordneter Bärnreither meint, die wirtschaftliche Trennung Oesterreichs von Ungarn sei tatsächlich bereits vollzogen. Der Landtag beschließt sodann, alle auf den Ausgleich bezüglichen Anträge einer 15gliedrigen Kommission zu überweisen.

* **Ungarisches Abgeordnetenhaus.** Im Verlaufe der Debatte über das Lehrerbesoldungsgesetz befaßt sich der Unterrichtsminister Graf Apponyi eingehend mit der Beschwerde der rumänischen Abgeordneten Vlad und Vaida, die den Zwang zur Erlernung der ungarischen Sprache beklagten. Graf Apponyi weist auf die Freiheit aller Nationalitäten hin, Volksschulen mit ihrer Muttersprache als Unterrichtssprache zu errichten. Jede Nationalität, auch die Rumänen, besitzen eine große Anzahl solcher autonomen Schulen, wobei sie seitens des Staates eine namhafte Geldunterstützung genießen. Nicht wir sind es, schließt Graf Apponyi, die das Nationalitätengesetz nicht gewissenhaft vollstrecken.

* **Die deutschen Gäste in Ungarn.** Bei einem zu Ehren der Professoren und Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin veranstalteten Festmahle begrüßte Hofrat Deininger die deutschen Gäste namens des Ackerbauministers Daranyi, indem er zugleich den Professoren seinen Dank aussprach dafür, daß sie gekommen seien, um den großen Fortschritt, der in Ungarn auf landwirtschaftlichem Gebiete gemacht sei, in Augenschein zu nehmen. Geheimer Regierungsrat Professor Werner erwiderte, er erblicke in dem kulturellen Fortschritte Ungarns ein großes Verdienst der Großgrundbesitzer, die in allen Neuerungen vorangeschritten. Auf den Antrag des Professors Lehmann wurde an den Minister Daranyi ein Begrüßungstelegramm abgesandt.

Frankreich.

* **Das Duell Clemenceau-Jaurès.** Ueber die jüngste Kammersitzung schreibt man uns aus Paris: Die Interpellation des Sozialistenführers Jaurès über den Streik der Elektrizitätsarbeiter ist mit einem Vertrauensvotum zu Ende gegangen, das von der üblichen übergroßen Mehrheit von etwa 300 Stimmen getragen wurde. Trotz diesem Sieg geht das Kabinett geschwächt aus der Debatte hervor. Jaurès griff die Regierung an, weil sie Militär zum Betrieb der elektrischen Werke ausgeschickt hatte; er nannte das ein Attentat auf das Streikrecht der Arbeiter. Clemenceau verteidigte seine Intervention: „Hinter diesem Regime des Kapitalismus, das ich angreife und auch morgen angreifen werde, wenn Sie mir die Zeit lassen, existiert die bürgerliche Gemeinschaft, die leben will, und die ich gegen die Uebergriffe einzelner verteidigen muß." Der Ministerpräsident hatte einen schweren Stand. Denn sein ganzes Leben lang hat er dieselbe Meinung vertreten wie Jaurès, hat er die Verwendung des Militärs in Streikbewegungen als freiheitswidrig und ungesetzlich bekämpft. Heute sucht er eine Hintertür in der Bemerkung, der Streik der Elektrizitätsarbeiter habe die öffentlichen Interessen und die öffentliche Sicherheit gefährdet. „Wenn Sie der Meinung sind, daß die Elektrizitätswerke einen öffentlichen Charakter haben, dann verstaatlichen Sie den Betrieb zunächst einmal", antworteten ihm die Sozialisten, die überall aufs Monopol hindrängen. Viel bemerkt wurde, daß Clemenceau, der auch physisch sichtbar abgenommen hat, mit dem denkbar größten Ungeschick Jaurès herausforderte. In der „Humanité" hatte der Sozialistenführer am Morgen klar dargelegt, daß er nicht die Absicht habe, das Ministerium zu stürzen und so das Spiel aller geheimen Feinde der Reformgesetze zu unterstützen; seine Interpellation könne nur dann das Ministerium umwerfen, wenn die Radikalen seine Tagesordnung votierten, in der er aufs schärfste das Eingreifen von Militär in Streiks verdamme. Clemenceau tat so, als habe Jaurès mit diesem Artikel die Rechte zu einem Bunde aufgefordert; im Ernste hatte niemand so den Aufsatz verstehen können. Es kam zu einer geharnischten persönlichen Auseinandersetzung zwischen beiden Männern, ohne daß eine zwingende Notwendigkeit dafür vorgelegen hätte. Wenn Clemenceau nicht gerade

Feuilleton.

Theater und Konzerte.

Leipzig, 14. März.

E. S. **Neues Theater.** Nach längerer Pause ging gestern abend unter lebhaftem Beifall Lortzings „Wildschütz" wieder über die, in diesem Falle so recht den Mikrokosmos des liebenswürdigen Meisters bedeutenden Bretter. Einige Rollen waren neu besetzt, aber im Grunde genommen verschwinden sie alle vor der einen die Situation vollkommen beherrschenden des Schulmeisters Baculus, der wieder in Herrn Kunze einen ganz ausgezeichneten, vor allem im Spiel und Humor wohlbeschlagenen Vertreter fand. Die Magisterbraut des Fräulein Flabnitzer war eine allerliebste, seine Erscheinung, im Spiel lustig, liebenswürdig, burschikos aber auch weinerlich, je nachdem sie bei ihrem zukünftigen Gestrengen etwas durchsetzen zu können glaubte. Fräulein Flabnitzer war ganz vortrefflich bei Stimme und wußte ihr schönes gesangliches Können wieder dem künstlerischen Ganzen aufs beste dienstbar zu machen. Der tenorsingende Baron ist von Lortzing ein wenig stiefväterlich bedacht worden; er tritt weder als Schauspieler, noch als Sänger recht in den Vordergrund. Herr Christian bemühte sich redlich um den gesanglichen Teil seiner Aufgabe und wußte vor allem mit lebhaftem Spiel und innerer Anteilnahme Interesse für sich zu erwecken. Fräulein Schläger gab die Gräfin, dieses wandelnde Deklamatorium, mit sehr feierlichen Allüren und so recht auf dem Kothurn einherspazierend. Vielleicht konnte die Künstlerin dem Charakter doch noch eine etwas ausgesprochen parodierendere Darstellung verleihen. Die übrigen Partien waren durch Fräulein Eichholz und die Herren Goltz und Marion in angemessener, von früher her wohlbekannter Weise besetzt. Herr Kapellmeister Porst leitete die Aufführung mit Umsicht, hatte jedoch einige geringe Schwankungen im Ensemble zu bekämpfen.

E. S. **Konzert von Martha Schaarschmidt.** — Eine Schülerin von James Kwast, Fräulein Martha Schaarschmidt, stellte sich im Kammermusiksaale des Zentraltheaters unserem Publikum mit gutem Erfolge vor. Die Vorzüge ihres Spieles liegen zunächst auf dem Gebiete des Technischen und finden sich auch in einem gesunden und begeisterungsfähigen Musizieren. Die Pianistin ist ihrer Sache durchaus gewiß und sicher und tritt mit unverkennbarer Unbefangenheit an die Kunstobjekte heran, deren Darstellung soweit noch unter dem Charakter der Entfaltung urwüchsiger Kraft stehen. Die Wiedergabe von Bachs Präludium und Fuge in D dur (in d'Alberts vortrefflicher Bearbeitung) zeichnete sich durch Größe des Tons und scharfe rhythmische Präzisierung aus, ließ aber im plastischen Teile und in der Abwechslung feinerer und farbenreicherer dynamischer Schattierung noch manches zu wünschen übrig. Neben Liszts F moll-Studie und E dur-Polonäse spielte Fräulein Schaarschmidt noch Robert Schumanns C dur-Phantasie, deren Mittelsatz ihr am besten gelang, weil er ihrem rhythmischen Empfinden und Temperament merkbar am meisten zusagte, während der Vortrag des ersten Satzes unter einer Monotonie der Empfindungsäußerung litt und das Finale seinem lyrischen Gehalte nach durchaus nicht erschöpft ward. — An diesem Konzerte beteiligte sich ein bis noch unbekannter Sänger. Herr Julius Hoffmann hat einen ganz besonders in der Mittellage ausgiebigen Baßbariton, dessen schönes Material bestens verwertet werden könnte, wenn der Sänger sich einer vornehmeren Art der Tongebung befleißigen wollte. Noch vollkommen im argen liegt die Gesangskultur des Herrn Hoffmann hinsichtlich der Höhe und Tiefe. Jene vermag er nur mit aller äußersten Vorsicht zu verwenden, diese ist vorläufig nicht bedeutend, ja gegen die Mittellage sogar ganz unverhältnismäßig schwach. Im Vortrage selbst machte sich noch eine, man möchte sagen, seelische Unkultur übel bemerkbar, da der Sänger sich in unausgesetztem Forcieren gefällt und nach Wirkungen strebt, die allenfalls ab und zu auf der Bühne, keineswegs aber für den Konzertvortrag zulässig sind. Meistens blieb die Wiedergabe der Lieder in einem sehr naturalistischen Forte befangen, so daß Tondichtungen, wie Goethe-Schuberts „Prometheus" und Heine-Schumanns „Schöne Wiege meiner Leiden" als ganz unreife Leistungen zu bewerten waren. Dieselbe Uebertreibung machte sich in Hermanns an sich schon auf bloß äußeren Effekt zugespitzten Liede „Die drei Wanderer" bemerkbar. Besser gelang die Wiedergabe von Weß' „Zweifelnder Wunsch" und Reisenauers „Wandern Ritter". Jedenfalls hat Herr Hoffmann nach Seite der Gesangstechnik wie des musikalischen Vortrags noch sehr viel zu studieren, bevor seine Leistungen in Wahrheit den Beifall verdienen, den sie vorgestern fanden.

F. W. **Klavierabend von Robert Adams-Buell.** Frau Reklame, die gern geschwätzig ist, hatte von Herrn Adams-Buell wenig gemeldet. So wird mancher mit geringen Erwartungen nach dem Künstlerhause, wo dieser Klavierabend ungewöhnlicherweise stattfand, gekommen sein. Wohl niemand aber ist heimgegangen ohne Respekt vor dem Veranstalter, der ein gar blankgeputztes technisches Rüstzeug hatte, der in seinem pianistischen Hantieren aber keinerlei unbesonnenes Herumfuchteln bekundete. Im Gegenteil: Herr Adams-Buell hat Musikverstand, wie man ihn bei Spielern seiner jungen Jahre nicht häufig antrifft, hat gleichermaßen musikalischen Geschmack von sicherer, geklärter Art. Er ist nicht befangen in dem Irrglauben, daß Musik lediglich Gefühls- und nirgends Gedankenausdruck sei, sondern begreift, die logische Entwicklung und die Struktur des Kunstwerkes, vermag diese wie jene jenen Hörern zum Bewußtsein zu bringen. Das zeigte sich sogleich in Bach-Tausigs Toccata und Fuge (D moll), bestätigte sich in Beethovens F dur-Sonate Op. 10, Nr. 1. Auch stilistisches Unterscheidungsvermögen erfreute. Mochten immerhin an des Vortragenden Mozartspiel (H moll-Adagio) einige Akzente ihrer Stärke wegen zu beanstanden sein, so fehlte doch im übrigen nicht seine Linienführung. Die in derselben Tonart stehende, aber aus ganz anderer Stimmung geschaffene Brahmssche Rhapsodie Op. 79, Nr. 1 erhielt die rechten Kontraste wild aufgeregten Treibens und weich getönter Momente, wonach zwei selten gespielte Griegsche Stücke (aus dem Karneval, Op. 19, Nr. 3, und Ballade in Form von Variationen über eine norwegische Melodie) zu Gehör kamen. Die Variationen mögen an einem nordischen Regentage, als in den Fjords der Nebel brauste und der Aufenthalt im Freien unmöglich war, geschrieben sein. Da hat sich der Komponist wohl ans Klavier gesetzt, weil er übler Laune war, seinem Thema aber fast nur Groteskes abgewonnen. Der Konzertgeber erwies sich hier als guter musikalischer Charakteristiker, ließ sodann nicht unpassend Sindings „Marche grotesque" folgen. Ohne Zweifel wird sich Herr Adams-Buell auf Seite der „objektiven" Künstler schlagen, denen kühles Wesen nachgesagt wird. Aber unter der Klage des Subjektivismus segelt heutzutage soviel unreifer Nachwuchs, daß Verstärkung der anderen Vertreter nur nützen kann.

*

* **Berliner Theater.** („Kammerspiele": „Hedda Gabler" von Henrik Ibsen. 12. März 1907.) Diese Ibsen-Aufführung zählt nicht zum Besten, was uns Direktor Reinhardt in diesem Spieljahr brachte. Die Tatsache allein, daß man das Drama in dem stillen kleinen Kammerspielhaus sah, ließ nicht übersehen, wie mittelmäßig die Darstellung geriet. Man hatte die Rolle der Generalstochter Frau Gertrud Eysoldt anvertraut. Die Künstlerin löste all die Rätsel dieses Frauenbildnisses auf höchst einfache Art: zur Hälfte spielte sie Hysterie, zur andern Hälfte nahm sie Heddas Langeweile auf und spann sie von Akt zu Akt. Alle Dämonie fehlte, alle bedeutende Anmut, die Hedda zeigen muß, war hier in ein oberflächlich markiertes Spiel von Koketterie umgewandelt. Sie war nicht verführerisch, sie war nicht diabolisch, sie spielte ein kleines Kätzchen, das gefährlich wird, wenn ein Argloser ihm den Rücken kehrt. Da oder dort deckte die matten Züge nur der eine Zug rechenschaftsloser Grausamkeit, ein heftig herausgearbeitetes satanisches Motiv, das Frau Eysoldts erotischer Kunst so naheliegt. Aber weder an Frau Irene Triesch, die gleichfalls Hedda Gabler ihren besten Frauengestalten nicht beizählen darf, noch an die Duse, diese Hedda der Schönheit, des betörenden Siegesbewußtseins, der triumphierenden Instinkte, wird man bei Frau Eysoldt auch nur im entferntesten denken dürfen. Neben der Künstlerin spielte Herr Eduard von Winterstein den Jürgen Tesman, den Privatgelehrten, Herr Friedrich Kayßler stand als Eilert Lövborg da, mit dem Richter Brack fand sich Herr Albert Steinrück ab. Herr von Winterstein, der anfangs vernünftig, ruhig, in zukunftssicherer Zufriedenheit, glaubhaft heiter einsetzte, spielte dann später Tesmans Beschränktheit in rapider Eile fort, polterte mehr als nötig war, spielte schließlich die Beschränktheit so, daß keiner sie mehr für möglich hielt. Herr Kayßler stellte vornehmlich nur dort stehen, wo es Sonnigkeit gibt. Er deutete Lövborgs Charakter immer wieder durch tiefe Seufzer, verbissenes Stöhnen an, das endlich monoton wurde. Er spielte, trotz einer Menge recht feiner Züge sehr bewußt Theater, wie dies übrigens diesmal fast alle taten. Eine neue Auffassung des Richters Brack besorgte uns Herr Steinrück: er wandelte sich den Zyniker in einen behaglichen Humoristen um, der sichtlich nicht zu wissen schien, was um ihn her geschah. Im Lessing-Theater hat freilich die glänzende sinnlichste Charakterisierungskraft Herrn Sauers gezeigt, wie wenig Behaglichkeit diesem Brack von Ibsen im Grunde mitgegeben war. Frau Emilie Kurz als Tante Jule Tesman bewegte sich schlicht und einfach, als eine Kleinbürgerfrau, die sich leben lassen konnte. Und Lucie Höflich endlich spielte die Frau Elvsted, die nicht ganz für die Künstlerin paßte, mit dem besten Bemühen, durch ihr Schicksal zu rühren. Manchmal schlug ihr Schmerz freilich in Sentimentalität um, aber sie ward rasch wieder verwischt durch die derbe gesunde Art, die Frau Höflich fast immer mitbringt. Der Theaterzettel besagte, daß Herr Hermann Bahr die Regie führte. Man hat also ihm zu danken, wenn die Gespräche auf der Szene mitunter lauter wurden, als Ibsen verlangt. Und daß überlange Gesprächspausen auch hier sich dehnten. Fraglich bleibt, ob der Pomp der Farben, der wiederum nicht vergessen war, auch Ibsen unbedingt umhüllen mußte. Tiefdunkles Blau die Wände, brennendes Rot Frau Eysoldts Gewand, mattes Gelb, dann wieder Weiß. Sinnvoll klangs auch diesmal wieder ineinander, so sinnvoll, daß man all der Farben sicherlich mehr achtete, als der Spieler. K. F. N.

* **Hochschulnachrichten.** Auf eine 25jährige Tätigkeit als ordentlicher Universitätsprofessor blickt heute der Gynäkologe und Direktor der Bonner Frauenklinik Geheimer Medizinalrat Dr. Heinrich Fritsch zurück. — Die an der Aachener technischen Hochschule durch den Tod von Professor Jürgen erledigte etatsmäßige Professur für Mathematik wurde dem etatsmäßigen Professor an der landwirtschaftlichen Akademie in Bonn-Poppelsdorf, Dr. phil. Furtwängler, übertragen. — Der Ordinarius der Mathematik an der Kieler Universität, Dr. Lothar Heffter, hat einen Ruf in gleicher Eigenschaft an die Technische Hochschule in Darmstadt erhalten, wo er den nach Berlin berufenen Professor Scheffer ersetzen soll. — Der außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig, Dr. Karl Wieghardt, hat einen Ruf als Professor für höhere Mathematik und Mechanik an die Technische Hochschule in Hannover erhalten und angenommen. — Prof. Dr. Emil Krückmann in Leipzig hat einen Ruf an die Universität Königsberg als ordentlicher Professor und Direktor der Augenklinik an Stelle des nach Bonn berufenen Geheimen Medizinalrats Kuhnt angenommen. — Prof. Dr. Lubarsch, Leiter des Pathologischen und bakteriologischen Laboratoriums im Kreiskrankenstift in Zwickau hat einen Ruf an die Universität Santiago (Chile) abgelehnt.

* **Kleine Chronik.** Der Herzog Philipp von Orleans, der mit der „Belgica" im Jahre 1905 eine Polarfahrt nach Spitzbergen und Ostgrönland unternahm und kürzlich über diese wissenschaftliche Expedition ein größeres Werk veröffentlichte, tritt im kommenden Mai von Norwegen aus abermals eine Polarexpedition an, für die wiederum die dem Herzog gehörige „Belgica" ausgerüstet wird. Die Reise geht diesmal zum Karischen Meer, und bei günstigen Eisverhältnissen weiter östlich längs der Küste Sibiriens. Dort sollen meteorologische und magnetische Beobachtungen sowie Tiefenmessungen ausgeführt werden. Außer dem Herzog selbst und dem bekannten belgischen Kapitän de Gerlache, der das Schiff führt, nehmen der norwegische Marineleutnant C. Rachlew, ein Zoologe und der Arzt des Herzogs an der Expedition teil. Die Mannschaft wird vorwiegend aus Norwegern bestehen. Marineleutnant Rachlew erhält in Potsdam am dortigen königlich preußischen meteorologisch-magnetischen Observatorium Anleitung von Professor Dr. A. Schmidt. — Elena Gerhardt sang im Juristenkonzert in Prag am 12. d. Mts. eine Arie der „Katharina" aus Götz' „Zähmung der Widerspenstigen" und Lieder von Richard Strauß und Hugo Wolf mit großem Erfolge.

SLUB
Wir führen Wissen.